

PRESSEMITTEILUNG 28-09-2016

337 Regionen, Städte, Gemeinden und Interregionale Organisationen fordern eine starke, erneuerte EU-Regionalpolitik nach 2020!

28. September 2016 Unübersehbares starkes Zeichen der Regionen frühzeitig vor den ersten Überlegungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2020ff: Gemeinsame Erklärung unterzeichnet von 332 politischen Vertretern der Regionen aus 22 Mitgliedstaaten (71,5% der EU-Bevölkerung) und 5 interregionalen Organisationen fordern Weiterführung einer EU-Kohäsionspolitik für alle Regionen nach 2020; Übergabe von Unterschriftenbänden an die EU-Institutionen durch Initiator Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll als Auftrag der Regionen und lokalen Einrichtungen in einem Europa der Regionen

EU-Regionalpolitik (Fachausdruck EU-Kohäsionspolitik) wurde 1986 mit der Einheitlichen Europäischen Akte geschaffen, um mittels konkreter Projekte in den Regionen zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts beizutragen. Sie beträgt in der laufenden Finanzperiode 2014 bis 2020 351,8 Mrd Euro, somit 1/3 des EU-Budget. Neben dem europäischen Gesamtmehrwert dienen diese Mittel in den Regionen, Städten und Gemeinden daher der Kohärenz, dem Strukturwandel, dem Klimawandel, der Energiewende, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Förderung der Innovation, dem Wirtschaftswachstum und in den weniger entwickelten Gebieten besonders der Verbesserung von Infrastruktur. Grob dargestellt kommen 70 % der Mittel den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen in den weniger entwickelten Regionen und 25% in den Übergangsregionen und stärker entwickelten Regionen zu gute. Zusätzlich dienen rund 3 % der Kofinanzierung von Projekten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und gibt es noch weitere Gelder für die Jugendbeschäftigungsinitiative und auch für die überseeischen Gebiete und jene mit besonders geringer Bevölkerung. - Eine Umfrage ergab, 70% der Bevölkerung, die über EU-Regionalpolitik informiert sind, stimmen diesem Politikbereich als zentralem EU-Politikbereich zu.

Grundlage für die Projekte in den Regionen sind die Entscheidungen zum Mehrjährigen EU-Finanzrahmen, deren Diskussionen gerade begonnen haben und Ende 2017 konkreter und 2018 planmäßig abgeschlossen sein müssen. Diese Entscheidungen fällen die Regierungschefs im Europäischen Rat und das Europäische Parlament. Die Regionen selber sind nicht mitentscheidungsbefugt. Nur über ihre Institution, den Ausschuss der Regionen, wird beigetragen. Die Gefahr besteht, Regionalpolitik könnte als eigener EU-Politikbereich wegfallen. Mittelbar und längerfristig könnte der Einfluss der Regionen abnehmen. Europa würde auch in regionalpolitischen und lokalen Entscheidungen noch fremdbestimmter.

Deshalb haben sich 332 Politiker für ihre Regionen und lokalen Gebiete aus 22 Mitgliedsstaaten von Europa - statistisch 188 NUTS 2 Regionen der insgesamt 276 NUTS2 Regionen Europas - und 5 interregionale Organisationen einer europaweiten Initiative des niederösterreichischen Landeshauptmanns Dr. Erwin Pröll angeschlossen. Dabei geht es darum, in Form einer gemeinsamen Erklärung lautend „Eine starke, erneuerte Regionalpolitik für alle Regionen nach 2020“ im Vorfeld der Entscheidungen von Rat und Parlament zur Finanziellen Vorausschau 2020ff ein klares Bekenntnis zum Fortbestehen der EU-Regionalpolitik nach Ablauf der derzeitigen Finanzperiode gemeinsam abzugeben. Die Unterschriften erfolgten auf oberster politischer Ebene als Zeichen der hohen Bedeutung für die Region. Die Initiative vereint alle Regionenkategorien.

Höhepunkt der Initiative ist der 28. September. Eine Konferenz in Anwesenheit von mehr als 300 regionalen Vertretern aus den EU-Mitgliedstaaten Europas, davon ungefähr 25 regionalen Präsidenten und 9 regionalen Vize-Präsidenten wird im Ausschuss der Regionen, als der Institution der Regionen, zum Thema „Der Beitrag der Regionalpolitik zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft“ stattfinden. Danach wird in einer feierlichen Zeremonie in der Vertretung des

Freistaates Bayern in Brüssel den EU-Institutionen, allen voran dem Präsidenten des Ausschusses der Regionen Markku Markkula, der EU-Kommissarin für Regionalpolitik Corina Cretu, BR Peter Javorcik, Ständiger Vertreter, in Vertretung der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft sowie der Vorsitzenden des Regionalausschusses im Europäischen Parlament Iskra Mihaylova das mehr als 300 Seiten umfassende Unterschriftenbuch überreicht.

Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll: „Es ist eine besondere Auszeichnung, insbesondere aber ein klares Zeichen, dass so viele Regionen, Gebietskörperschaften und zusätzlich interregionale Organisationen dieser niederösterreichischen Initiative als gleichwertige Partner beigetreten sind. Diese Unterschriften und die Anreise der so zahlreich erschienenen regionalen Politiker aus allen EU-Mitgliedsstaaten nach Brüssel ist sichtbarer Beweis für die außerordentliche Wichtigkeit der EU-Regionalpolitik für alle Regionen. Europa-demokratisch betrachtet, verpflichten diese beiden Elemente die beiden EU-Gesetzgeber Rat und Parlament in ihren zukünftigen Entscheidungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2020 ff. Im Gegenzug sind wir Regionen bereit, aktiv zu einer größeren Effizienz der EU-Regionalpolitik im Interesse des europäischen Mehrwerts bei der Ausgestaltung der Rechtsvorschriften zur EU-Regionalpolitik beizutragen. – ABER: Die EU-Regionalpolitik für alle Regionen muss in einem Europa der Regionen als zentraler Politikbereich bestehen bleiben!“

Der Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, Markku Markkula, dankte Niederösterreich für die Initiative und merkte an: "Durch die Unterstützung von 188 Regionen - die fast drei Viertel der gesamten EU-Bevölkerung repräsentieren - sendet diese Erklärung eine klare Botschaft: Die Kohäsionspolitik muss weiterhin im Herzen der Europäischen Union liegen und allen Regionen zugutekommen. Ein besseres Europa bedeutet auch offen für Veränderung zu sein, weshalb wir die Kohäsionspolitik nach 2020 zum Besseren reformieren müssen. Der Europäische Ausschuss wird auch weiterhin unermüdlich daran arbeiten, dass die Kohäsionspolitik gestärkt und vereinfacht wird und Europas zentrales Innovations- und Investitions-Werkzeug im nächsten EU-Haushalt bleibt."